

Der weiße Terror in Finnland

Der Strom der Geschichte eilt mit fließender Geschwindigkeit dem brausenden Wasserfall entgegen. Und erst eine spätere Geschichtsschreibung wird in vollem Umfang den heroischen Befreiungskämpfe der Arbeiterklasse Finnlands gerecht werden.

Die verhältnismäßig Schwäche der finnischen Bourgeoisie und der Umstand, daß sie 1917 über keine Armee verfügte, blende die finnische Arbeiterklasse angesichts ihrer parlamentarischen Erfolge derart, daß sie glaubte, dem Entscheidungskampf mit der Waffe in der Hand ausweichen zu können. Wohl hatte diese Arbeiterklasse in den Jahren 1904-1906 stürmisch um die Demokratie gekämpft, aber die russische Bürgerrevolution im März 1917 warf diese Demokratie dem finnischen Proletariat als bereits sich in Verwesung befindliche Frucht in den Schoß. Just in dem Moment, wo dieser Demokratie nur noch die Aufgabe vor der Geschichte zuzufügen, zu verschwinden, als eine überflüssige, veraltete Schranke zwischen zwei aufeinander losstürmenden Fronten. Aber die finnische Bourgeoisie, ein letzter Sprößling des Bürgertums, beharrte mit allen Gebrüchen seiner Spitzbürgerei, geschreckt durch alle Erfahrungen ihrer älteren Geschwister und mit dem Schrecken der russischen Oktoberrevolution in den Gliedern, diese Bourgeoisie rafft sich noch in dem letzten Augenblick um die schwierigsten Aufgaben gerecht zu werden. Während die Bourgeoisie ihre in aller-Eile gebildete weiße Garde unter die Waffen rief, geriet die finnische Sozialdemokratie, welche im Parlament die absolute Mehrheit hatte, in Panik und Entsetzen und rief das Proletariat zum Schutz der Demokratie auf. „Wache heraus!“ rief man im Lager der Sozialdemokratie. „Die Bourgeoisie will die Demokratie vernichten. Die Demokratie ist in Todesgefahr!“ Und in der Tat: die Bourgeoisie wollte ein für allemal ihre Omnipotenz abschütteln. Wohl besetzte die Demokratie für sie keine Lebensgefahr, aber sie wollte sich aller letzten Schranken entledigen und ihre eigene schrankenlose nackte Klassenherrschaft aufrichten. Die Sozialdemokratie antwortete darauf mit der Revolution. Nicht mit einer Revolution zur Bekämpfung der Diktatur des Proletariats, sondern mit der utopischen Forderung: „Erkämpfung der reinen Demokratie, die nicht wieder genommen werden könnte!“ Diese Kampparole war nicht allein vom sozialen Standpunkte, sondern auch vom historischen Gesichtspunkte die größte Utopie. In einer auf Klassen ruhenden Gesellschaftsordnung hat es eine Demokratie, „die nie wieder genommen werden könnte“, noch nie gegeben, und es kann auch keine solche Demokratie nicht geben. Die Ausbeuterklasse hat dem Proletariat immer die Macht vorenthalten. Denn eine Demokratie, in welcher das Ausbeutungssystem in Kraft bleiben soll und das Proletariat als „regierende“ Klasse in Hilfe des kapitalistischen Staates die Ausbeutung aufheben könnte, eine solche Demokratie existiert nur in der Phantasie des Reformismus, aber nicht im Reiche der Wirklichkeit. Mehr als einmal ist es in der Geschichte der Revolution vorgekommen, daß die führenden Kräfte einer revolutionären Klasse eine Parole aufstellten, die gar nicht dem historischen Ziele ihres Kampfes entsprach. Meist waren solche Parolen das Produkt von Unklarheit, von oberflächlichen Schlagworten, mit dem häufig ein toter, sinnverwirrender Symbolismus zum Ausdruck kam. Im revolutionären Kampfe vergrößert sich die stahlharte Erkenntnis des Zieles, die körperlichen und zeitlichen Energien der kämpfenden Klasse, so wie kurzzeitige Politiker, stets Unsicherheit, Zaudern und Schwäche erzeugen müssen. Auch ohne das Eingreifen der wilhelminischen Soldateska war das Gebot des Offensivcharakters im finnischen Proletariat nicht stark genug ausgeprägt. Sogar in der Trutzburg der russischen Revolution in Helsinki, wofür die schärfste und Terrors gegen das konterrevolutionäre Bürgertum im Proletariat nur schwache und zu späte Versuche seiner Anwendung aus. Und noch ein Umstand lähmte und verwirrte die revolutionären Kräfte des Proletariats. Die russischen Bolschewiki hatten in der Oktoberrevolution die spekulative Losung: „Selbstbestimmungsrecht

aller Nationen“ proklamiert, die in der Folgezeit nicht nur dem finnischen und polnischen Proletariat einen Dolchstoß versetzte, sondern hatten auch dem vorwärtsstürmenden russischen Proletariat von der Bourgeoisie dieser „unabhängigen Nationen“ unüberwindliche Fußangeln in den Weg geworfen. Rosa Luxemburg hat in der Broschüre „Die russische Revolution“ schon 1918 diese folgenschwere Parole der Bolschewiki vom marxistischen Standpunkte beleuchtet.

So wurde das Feuer des finnischen Proletariats durch die Lösung der Demokratie nicht geschürt, sondern gedämpft. Das einzig reale Ziel, Räteiktariat, Erkämpfung des Kommunismus, wurde ein weiterer Faktor für die Niederlage der Revolution. Denn, das Vertrauen der kämpfenden Arbeiterklasse zur Führung ist ein kostbares, moralisches Gut, das die revolutionäre Partei nicht veräußern darf.

Vom deutschen Militarismus zu Lande und zu Wasser mit den modernsten Waffen zur Kapitulation gezwungen, unterlag das finnische Proletariat ehrenvoll. Aber, so leide das finnische Proletariat unter die Fittiche des deutschen Imperialismus kroch, und so das „Selbstbestimmungsrecht der Nation“ in die Praxis umsetzte, so vielach und blutdürstig stürzte sich diese Kreatur auf die ans Kreuz geschlagenen Arbeiter. Die aufgetürmten Leichenberge der ermordeten Arbeiter in Finnland durch den weißen Terror stellen selbst die der erschlagenen deutschen Spartakuskämpfer in den Schatten, was wahrhaftig schon etwas bedeuten will. Nur eine Analogie mit dem Massenmord an den Pariser Kommunisten wäre hier möglich, wobei freilich der Einwand registriert werden muß, daß die französische Bourgeoisie ihre Schlichterei am eigenen Leib nehmen mußte, während bei der Schlichterei am finnischen Proletariat die Sozialdemokratie Assistenten leistete.

Indes schreitet die Wirtschaftskrise rüstig vorwärts; nicht halt machend vor den Grenzen des „unabhängigen“ Finnlands. Die Spuren schrecken. Schon wagt die Ausbeuterklasse Finnlands sich schlaglos, mit bangter Sorge erfüllt vor der Zukunft, auf ihrem Parasitenlager. Der Strom der Arbeitslosen beginnt zu schwellen. Das Vertrauen der Arbeitermassen zu den sozial-krisatischen Hausknechten des finnischen Kapitals ist erschüttert. Das Gespenst des Bolschewismus erscheint für überhitzten Phantasie. Freilich, nicht jener Bolschewismus, der das heutige „Arbeiterparlament“ krönt, und der ängstlich darauf achtet, daß die freundschaftlichen Beziehungen zu den „unabhängigen Nationen“ nicht getrübt werden, während die finnischen Kommunisten unter den Wunden, die ihnen der bolschewistische Sozialismus in der Vergangenheit zugefügt hat, die Hinterhältigkeit beibringen, ihr Leben verlohren. Dieweil gibt sich die finnische Sozialdemokratie die erdenklichste Mühe, „daß die gesamte Arbeiterbewegung für sozialistische staatspolitische Aufgaben herantreibt. Dank dem Eingreifen verünftelnder Teile der finnischen Arbeiterbewegung wird es möglich sein, das Schlimmste zu verhüten.“

Die finnische Bourgeoisie zeigt dem Proletariat besser als alle theoretischen Formulierungen es tun können, daß der Parlamentarismus keine Waffe für das revolutionäre Proletariat ist. Sie stellt alle Parlamentsmitglieder, die der Sektion der III. Internationale angehören, unter hochverräterische Anklage. Es ist nicht anzunehmen, daß das revolutionäre Proletariat Finnlands wie während 1918 den revolutionären Kampf führen wird, „für eine wirkliche Demokratie, die nie mehr genommen werden kann“, sondern auch für das revolutionäre Proletariat Finnlands lautet heute die Losung: Zertrümmerung der parlamentarischen Parteien und der Gewerkschaften, Organisation der Arbeiterklasse in den Betrieben zur Allgemeinen Arbeiter-Union Finnlands. Erkämpfung der finnischen Räteiktariat.

demokratischen Zaubers. Die Wetterzeichen des proletarischen Klassenkampfes leuchten auch für Amerika empor.

Weitere Betriebsbeschränkungen und Massenentlassungen

Zwischen der Belegschaft und der Verwaltung der Adlerwerke in Frankfurt a. Main wurden Verhandlungen geführt über die Verkürzung der Arbeitswoche auf 32 Stunden. Die Verwaltung erklärte, daß die Absatzstockung eine Produktionsminderung von 30 auf 20 Wagen täglich notwendig mache. Man einigte sich jedoch auf 40 Stunden Arbeitszeit. Trotz Verkürzung der Arbeitszeit erklärte die Verwaltung, daß trotz alledem zur Durchführung der notwendigen Produktionsminderung die Entlassung von 500 Arbeitern notwendig sei. Auch im Ruhrbezirk droht eine neue Entlassungswelle. Schon in aller nächster Zeit plant man eine Reihe von Schachtanlagen stillzuliegen. Die Ursache sei der schlechte Absatz der Kohle in der ersten Jahreshälfte. In Deutschland a-G. Hellerau bei Dresden haben diese Woche ihren gesamten Betrieb stillgelegt. Die Belegschaft von 500 Arbeitern wurde entlassen.

Die Arbeitsmarktlage

Nach den vorläufigen Meldungen der Landesarbeitsämter gab es am 30. Juni in der Arbeitslosenversicherung 1.468.880 in der Krisenfrist 664.593 Hauptunterstützungsempfänger. Bei einer Gesamtzahl von rund 1.833.000 Unterstützten ist die Überlagerung gegenüber dem Jahre 1929, die rund 900.000 Köpfe betrug, nicht gewachsen. An Arbeitssuchenden wurden im Reichsmaßstab am 30. Juni rund 2.690.000 gezählt. Die Lage im Gebiet des Landesarbeitsamts Berlin-Brandenburg hat eine wesentliche Änderung in der zweiten Jahreshälfte nicht erfahren. Die Zahl der Arbeitssuchenden erhöhte sich zwar lediglich auf Berlin und ist durch den Saisonschluß der Mantelkleidung bedingt. In der Provinz dagegen ging die Arbeitslosigkeit ein wenig zurück. Die Entlastung ist in erster Linie auf die erhöhte Vermittlungstätigkeit für die Landwirtschaft bedingt durch die Ernte, zurückzuführen; sie bezog sich jedoch meist nur auf Arbeit kurzfristiger Natur, nach deren Beendigung natürlich wieder mit einer erneuten Belastung gerechnet werden muß. Die von der Konjunktur abhängigen Berufs-

gruppen gewährt bei starker Fluktuation ein unverkennbares Bild anhaltender Depression. Die Höhe der Arbeitslosigkeit wird für das Gebiet Berlin-Brandenburg mit 421.289 angegeben. Davon entfielen auf Berlin 326.936, auf die Provinz Brandenburg 94.353 und auf die Grenzmark 680 Personen. Die gesamte Arbeitsmarktlage bleibt natürlich durch die ungeheure Wirtschaftskrise weiterhin trübsalig und muß sich mit dem herannahenden Winter noch verschärfen.

Die englische Arbeitslosigkeit steigt

Die Zahl der in England registrierten Arbeitslosen betrug am 7. Juli 1929 500. Diese Zahl bedeutet eine Steigerung gegen die Vorwoche um 42.925 und um 789.254 gegen das Vorjahr. Durch diese Ziffern wird grell beleuchtet der internationale Charakter der kapitalistischen Krise.

Neue Bücher.

- 21 Monate Hermann-Müller-Regierung, 480 S., brosch. 4,- Mk. Johannes Becher, Graue Kolonnen (Neue Gedichte), 80 Seiten, kart. 1,- Mk. Ilya Ehrenburg, Das Leben der Autos (Roman), 284 S., kart. 3,50 Mk., Leinen 5,50 Mk. H. v. Eckardt, Provinzen der Weltwirtschaft u. d. Weltpolitik, 1925, 2. Aufl., 148 S., brosch. 1,20 Mk. O. Gringo, Der Fünfjahresplan der Sowjetunion, 296 S., brosch. 3,50 Mk., Leinen 5,- Mk. Marx-Engels, Kritiken der sozialdemokratischen Programmentwürfe von 1875 bis 1890, 2. Aufl., 148 S., brosch. 1,20 Mk. Marx-Engels-Werke (Gesamtausgabe), 1. Abt., 2. Bd., Friedrich Engels; Werke und Schriften bis Anfang 1844 nebst Briefen und Dokumenten, 690 Seiten, Leinen 18,- Mk. Marx-Lassalle, Unter Anklage des Hochverrats, 120 S., brosch. 1,20 Mk. J. Lenz, Die 2. Internationale 1889-1929, 289 Seiten, brosch. 3,- Mk., geb. 4,20 Mk. Frieda Rubiner, Der große Strom, 320 Seiten, illustriert brosch. 2,50 Mk., Leinen 3,50 Mk. Michael Scholochow, Der stille Don, 2. Buch Krieg u. Revolution (Roman), 550 S., brosch. 5,- Mk., Leinen 7,- Mk. Leo Trotzki, Die permanente Revolution, 168 S., kart. 3,50 Mk. Carl Vogl, Aufzeichnungen und Bekenntnisse eines Pfarrers, 328 S., kart. 3,50 Mk., Leinen 5,- Mk.

Zu beziehen durch: Buchhandlung für Arbeiterliteratur, Berlin SO 36, Luisenpark 13.

Achtung! Ortsgruppen!

Die Nr. 31 der K.A.Z. erscheint als Propagandanummer anlässlich der Wiederkehr des 4. August. Wir bitten unbedingt für diese Nummer um Mehrbestellungen und rechtzeitige Bekanntheit über die erhöhte Anzahl von Zeitungen.

Groß-Berlin

Versammlungslokale:
2. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquetstr. 24.
6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstr. 88.
15. Bezirk. Jeden Freitag, nachm. 17 Uhr, bei Jahnke, Niederschönefelder, Brückenstr. 3.
17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Gürtelstr. 38.

Nowawes

Alle Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Waldstr. 62, die Funktionenversammlungen der Partei und Union statt.

Reich

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Eisenbahn

Jeden Sonnabend, abends 7,30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende. Lokal wird durch die Zeitungsmitarbeiter bekanntgegeben.

Ortsgruppe München

Jeden Freitag, abends 7,30 Uhr, finden im Lokal Gumbins, Sendlinger Straße, öffentliche Diskussionsabende der KAP., RBO. und KAJ. statt. Proletariat aller Richtungen werden hiermit eingeladen. Die „KAZ“ liegt dort ebenfalls aus.

Ortsgruppe Weiden

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, finden im Lokal Tivoliv, Schloßgasse, öffentliche Diskussionsabende statt. Sympathisierende und Leser der „Komm. Arb.-Zeitung“ sind besonders eingeladen. KAP., AAU.

Ortsgruppe Bonn

Jeden Dienstag, abends 8 Uhr, Diskussionsabend bei Gen. Förderer, Dörschstr. 5. Sympathisierende und KAZ-Leser haben Zutritt. Dortselbst können auch die Zeitungen bestellt werden. Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Iszdorff, Berlin O 17.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“ Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands per Post — frei Haus. Der Bestellzettel ist als Drucksaat oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13, zu senden. Name: Ort: Straße:

11. Jahrg. Nr. 30/31

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, August 1930.
Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13.
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin 7947, N. 838 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.
Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,19 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Die Auflösung der Demokratie

Nur Frieden — durch den Klassenkrieg

Am 14. September ist die neueste „Entscheidungsschlacht“ fällig. Bis dahin regiert die alte Regierung mit entsprechenden „Notverordnungen“. Diese „Verordnungen“, denen Gesetzeskraft innewohnt, sind eigentlich das Kernstück der Demokratie. Besser gesagt: die Korsetzungen. Das Rückgrad der Demokratie ist der Artikel 48 der Verfassung. Mit dem kann man alles machen. Gesetze erlassen, Belagerungszustand verhängen, totschießen, Zeitungen verbieten, Schutzhaft einführen — was man gerade lustig ist. Er soll angewendet werden, wenn die „Öffentliche Ruhe und Sicherheit gefährdet“ ist. Gefährdet! Sie braucht noch nicht wackeln. Die fünf Millionen Erwerbslose, die verhungern sollen, gefährden diese Ordnung nicht, wenn sie stumm verhungern. Wenn tausend nach Arbeit und Brot schreien — das ist schon eine Gefahr! — Das weiß der Teufel. Was die Gefahr ist, das bestimmen ja die Herren, die mit dieser Demokratie aus Arbeiterknochen Gold münzen, selbst. Da kann das schon zu einer Gefahr werden, daß irgend eine Zeitung sagt, was diese Demokratie ist: nämlich ein aberner, läppischer, dummdreister Bauernfängertrick, um Dumme einzufangen. In den Händen der Arbeiterklasse ist sie weniger wie Dreck. Dreck spürt man, er vermittelt irgend ein Gefühl, ist trocken oder naß, schleimig oder sandig. Demokratie ist wie ein Fanz. Ein Ton muß fort. Nur der Gestank bleibt zurück.

Wir haben jetzt Ende Juli. Bis Mitte September sind fast einhalb Monat. Bis die Parteien ihre Fraktionen aufmarschieren lassen, vergeht ein weiterer Monat. Bis dahin kann diese Regierung den Agrariern geben, was sie lustig ist, und den Arbeitlosen nehmen, was sie will. Wenn der neue Reichstag nicht nach der Pfeife des Stahlhelmsplam Hindenburg tanzt, kann er ihn — nach der Verfassung der Demokratie — auflösen und Neuwahlen aussprechen lassen. Irgend wann wird dann die „Ruhe und Ordnung“ schon so „gefährdet“ sein, daß man mit dem Artikel 48 auch militärisch operieren kann. Das macht dann die „Demokratie“ geneigt, die „Partei-grundsätze“ hinter das „Volksganze“ zurückzustellen, nur um wieder „ordentlich“ regieren zu können, damit es nicht zum „Bürgerkrieg“ kommt.

Warm „aufgelöst“ wurde? Da darf man keinen „Demokraten“ fragen. Die wissen nur, daß die dämigen Proleten nichts von ihrer Wissenschaft verstehen. Unsere Meinung ist z. B. die: der Quatsch mit der Finanzkrise ist ebenso affig, als wenn ein Arzt einem Lungenkranke das Spucken wegkurieren wollte, ohne die Lunge zu heilen. In der ganzen Welt warten fünfzehn Millionen (zugegeben!) auf Arbeit. In Amerika lagern von der alten Ernte 6 Millionen Tonnen Weizen. Die müssen verkaufen, weil die Erwerbslosen kein Geld haben, sie zu kaufen. Eine neue gute Weltkarte reißt — zum Schrecken der Agrarier — heran. So ist es mit allen heiligsten Göttern der Nation, gerettet wird. Im Chaos balgen sich die kapitalistischen Parteien und ihre Handlanger um ihre „Interessen“. Der Druck ihrer eigenen Ordnung, der Bankrott ihrer Maschinerie läßt sie aufheben. Das Proletariat ist schon zum Vieh herabgeschindert, man nimmt ihm das Letzte. Man bestiehlt es, — um bei der Terminologie der anständigen Demokraten zu bleiben, — indem man durch Zölle die Waren verteuert, es mit allen möglichen Steuern traktiert, alles Mögliche noch so „reformiert“, daß auch nicht ein Tropfen Leben mehr bleibt, außer dem, was in Profit umgesetzt werden kann. Trotzdem kann dadurch das Dilemma nicht abgewendet werden: Der Weltmarkt ist nicht aufnahmefähig für die heutige Weltproduktion, weil nicht für Menschen, sondern für Käufer produziert wird. Der Profit ist in Gefahr. Jede Kapitalgruppe sucht für sich zu retten, was zu retten ist. Die immer von neuem

notwendig werdenden Millionen für den kapitalistischen Staatshaushalt — weil infolge der wachsenden Krise die Voranschläge ein Stück Papier bleiben, arbeitslose Proletarier und bankrotte Kleinbetriebe sind schlechte Steuerquellen — kann man nicht direkt auf die Proleten umlegen. Aber die „Wirtschaft“ ist nicht „imstande“, die Belastungen zu tragen. Die Hyänen knurren über den Knochen. Für die „Sanierung“ kommt keine Mehrheit zustande.

Liegt für das Proletariat eine Veranlassung vor, sich an diesem „Reformwerk“ einer Ordnung zu beteiligen, in der es nur den Buckel hinhalten darf, damit die Freßsäcke draußensich anschießt, aufzuräumen mit dem sinkenden Pfunder von Demokratie, indem es eine Ordnung zertrümmert, in der es nur schuftet, hungert und elend verrecken darf, — was dann? Dann ist ihre Herrlichkeit vorbei!

Deshalb rufen sie zum Kampf um die „Demokratie“ auf, verreckt oder offen. Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften fristen ihr Dasein von der Dummheit der Massen. Diese Dummheit soll ihnen wieder einmal verurteilen, zur Futterkrippe zugelassen zu werden. Sie haben der „Brüning-Regierung“ durch ihre „Opposition“ die Möglichkeit gegeben, das durchzuführen, was sie — wenn sie sich nicht vollends entarven wollten — einfach nicht mehr konnten. Nach dem „Sieg“ treten sie dann — wieder einmal — eine „unverschlackte Ebschicht“ an. Und als gute Demokraten können sie verfassungsmäßig zustandekommene Gesetze nicht ändern. Die Proleten müssen ihnen dann wohl oder übel wieder „Zeit lassen“.

Die KPD. garniert ihren „revolutionären Parlamentarismus“ mit dem Ochsenmaul von allen möglichen Forderungen, von denen sie weiß, daß sie nur auf dem Papier stehen können. Sie nährt so die Illusion, daß der Parlamentarismus doch noch „ein“ Kampfmittel für das Proletariat sei. So reißt sie sich prächig ein in die Front der Massenverblöding. Eine solche Partei gehört zu dem verlogenen Tügel-Tangel von Demokratie, wie der Hanswurst in den Zirkus. Was sollte denn sonst mit denen werden, deren klarer Instinkt ihnen sagt, daß dem Proletariat diese Affenkomödie von Wahlen gar nichts angeht? Für das Kapital hat diese Affenkomödie noch einen Sinn, so lange sich das Proletariat daran beteiligt. Sie wird zur völligen Sinnlosigkeit, zur offenen absurden Lächerlichkeit, wenn das Proletariat der Bourgeoisie die kalte Schulter zeigt.

Die Arbeiterklasse muß erkennen, daß alle Regierungsformen des Kapitalismus der jeweiligen Notwendigkeit dieses Systems entsprechen. Aber nicht nur aus diesem Grund muß das Proletariat die Wahlen boykottieren. Es muß seine Kräfte sammeln zum Angriff auf das System, ehe es von diesem selbst unheilbar korrumpiert und von der Krise verschlungen wird. Gerade diese Wahlen zeigen, daß die Demokratie sich — selbst als formaler Begriff — selbst aufgelöst hat. Die Klassen-gegensätze in dieser Ordnung haben den mystischen Schleier von der „Erbsticht des Volkes“ durch die Demokratie bis zur Unkenntlichkeit zerzaust. Das Proletariat muß daraus die Lehren für seinen Kampf ziehen

Das ist der Kampf um die proletarischen Räte, der Kampf mit den Räten des Proletariats gegen den Kapitalismus und seinen „demokratischen“ Staatsapparat, für die Eroberung der wirklichen ökonomischen und politischen Macht der Arbeiterklasse. Für die Diktatur des Proletariats!

Nur Frieden — durch den Klassenkrieg

Es sind am 4. August 16 Jahre her, seitdem das internationale Massenmorden und der Kampf des Kapitals um die Herrschaft der Welt begann.

16 Jahre sind in unserer Zeit mit ihrem Hetztempo eine weite Strecke, in der vieles vergessen wird, was war. Unsozial bietet die Wiederkehr des Augusttages Krethi und Pletth, die ebened sich vor Monspatriotismus überschlagen. Gelegenheit, augenblicklich in räuberischem pazifistischen Geheule zu machen. Das Proletariat darf grundsätzlich die Stellung einer Partei zum Kriege aber nicht beurteilen nach dem alljährlich bei Gedenktagen von ihr auf den Gassen veranstalteten Klimbim, sondern nach der harten Praxis ihrer Politik.

Das wiederkehrende Schwenken mit dem Friedenswedel ist nichts anderes als eine verlogene Geste, womit man die vom Kapital ausgesagene Proletarier in der Republik einnebeln will, um die eigene vergangene und gegenwärtige Politik zu verdecken, und um die Proletarier wieder zur rechten Zeit wie geduckte Schafe auf die Schlachtbank führen zu können. Immer wieder muß festgehalten werden, daß bei Kriegsausbruch die II. Internationale wie ein Kartenhaus zusammenbrach und Sozialdemokratie und Gewerkschaften die Scheidemann, David, Ebert und Konsorten, daß sie ihre völkerverfeindende Mission dem deutschen Militarismus übertrugen.

Schlag vor der offenen Fabrikflucht schändeten sie den Sozialismus. Während die Arbeitermassen, von ihr gerufen, noch auf der Straße gegen den Krieg demonstrierten, hatten die Vorstände aus Furcht um die Organisation sich schon beim Kriegsministerium verkauft. Die Sozialdemokratie war stolz auf ihre neue Rolle als Judas und Kriegstreiber. Sie denunzierte die revolutionäre Opposition den Generalkommandos für die Einziehung zum Heidentum, dafür blieben die Führer vom Frontdienst verschont.

Während Liebknecht, Luxemburg und tausende unbekannt brave Proletarier, die nichts anderes wollten, als die Beschlüsse der II. Internationale ernst nehmen, die Gefängnisse und Zuchthäuser füllten und trockenen Hauf schoben, huzerten die Scheidemann, David, Ebert und Konsorten, daß sie ihre völkerverfeindende Mission dem deutschen Militarismus übertrugen.

Es darf nicht vergessen werden, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften bei Kriegsausbruch den Klassenkampf als alten Pfänder in die Rampen kamen und goktzeit durch die wilhelminische Phrase, ich keine Parteien mehr, die Einführung der Hungerration auf Karten für die Arnen, als funkelneuen Sozialismus, wohn wir blicken, präsent. Die sich türmenden Leichenhaufen wurden mit Genugtuung bewundert und die sozialdemokratische Presse weiterte mit der bürgerlichen Journale in sadistischen Kriegsporzen.

Sie daldeten die gewaltsame Verschleppung der belgischen Frauen und Mädchen in deutsche Offiziersbordells ebenso, als wie die Deportation der belgischen Arbeiter in die Munitionsfabriken. Die Sozialdemokraten traten für Gebietsverweiterungen ein und haben an der organisatorischen Vorbereitung des unbeschränkten U-Bootkrieges, der den äußeren Anlaß zum Eingreifen Amerikas in den Krieg gab, hervorragend Anteil genommen. Um der wachsenden Verzweiflungsstimmung entgegenzutreten, faselte der „Vorwärts“, die Zentralkommission am 8. April 1918 von dem „erhofften vollen deutschen Sieg auch im Westen“.

Wenn Sozialdemokratie und Gewerkschaften heute nie wieder Krieg schreien durch die Straßen laufen, dann darf nicht vergessen werden, daß sie sich nicht nur vor 16 Jahren für den Krieg begeistert, sondern in all den Kriegsjahren und darüber hinaus diesen Weg konsequent weiter gezogen sind.

Als es schon in Kriegesbeginn zu krachen und stürzen begann, achtete sie sich mit der Monarchie zu versöhnen und das

Die II. Internationale zum Kriege vor dem Kriege!

Die II. Internationale hat auf ihrem Kongress von Stuttgart und Kopenhagen für das Proletariat aller Länder als leitende Grundsätze für den Kampf gegen den Krieg festgelegt, was anlässlich der sechszehnjährigen Wiederkehr ihres schändlichen feigen Umfalls den Proletariaten noch mal in Erinnerung gebracht werden kann. Die Resolution lautet: Droht der Ausbruch eines Krieges, so sind die arbeitenden Klassen und deren parlamentarische Vertretungen in den beteiligten Ländern verpflichtet, unterstützt durch die zusammenfassende Tätigkeit des Internationalen Büros, alles aufzubieten, um durch die Anwendung der ihnen am wirksamsten erscheinenden Mittel, die sie je nach der Verschärfung des Klassenkampfes und der Verschärfung der allgemeinen politischen Situation naturgemäß ändern, den Ausbruch des Krieges zu verhindern.

Falls der Krieg dennoch ausbrechen sollte, ist es Pflicht, für eine rasche Beendigung einzutreten und mit allen Kräften dafür zu streben, die durch den Krieg herbeigeführte wirtschaftliche und politische Krise zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Besetzung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen.

Den Proletariaten der SPD, muß immer wieder klar gemacht werden, daß die II. Internationale längst im Dienst der internationalen Bourgeoisie steht und die Worte Klassenkampf und Sozialismus nur noch nach außen als alte Firma gelten, während man sich innen längst häuslich im kapitalistischen System eingerichtet hat.

Für alle Proletariaten, für die der Klassenkampf nicht ein Unterschleichen unter die Fittiche der Bourgeoisie bedeutet, kann und gibt es nur eine Parole: Heraus aus allen Organisationen, die der II. Internationale irgend wie in Verbindung stehen. Die Internationale der Arbeiterklasse, der Menschheit ersticht im Kampf und hat als Fundament proletarische Organisationen, die nach dem revolutionären Rätesystem aufgebaut sind.

Die verbotene Gewerkschaftslinie

Die II. Internationale posant von Zeit zu Zeit immer neue Parolen in die Welt und man kann wirklich nicht behaupten, daß sie hierbei unbeweglich sei. In keiner Frage sind ihre Auffassungen so wechselhaft wie in der Gewerkschaftsfrage. Alle Augenblicke wird festgestellt, daß die bisher erfolgte Gewerkschaftspolitik nicht das ganz Richtige war und neue, verbesserte Richtlinien sollen die alten ergänzen. Diese Schwankungen selbstverständlich nicht durch irgendwelche Spielereien der Gewerkschaftsspezialisten erzeugt, sondern haben ihre Ursache in den wechselnden Schwierigkeiten der russischen Wirtschaft und Staatspolitik. In letzterem Interesse will man den Anschluß an Amsterdam um jeden Preis. Es hat allerdings auch Zeiten gegeben, wo man hierauf verzichten konnte; es sei hier an die Ordnung der roten Gewerkschaften und der roten Gewerkschafts-Internationale erinnert. Also einmal gegen Amsterdam, dann für Amsterdam. Bald wieder einmal gegen Amsterdam und trotzdem Proletariat, die auch nur einmal das Maul auf tun, sofort aus den Verbänden hinausgeworfen werden, macht man für Amsterdam Reklame. Amsterdam muß ihnen wirklich sehr viel wert sein, daß sie nichts unterlassen, um nur ja nicht den Anschluß zu verpassen. Das von ihnen angerichtete Tobuwabohn hat letzten Endes soweit geführt, daß ihre eigenen Mitglieder nicht wissen, was zu tun ist. Man braucht wirklich nicht revolutionär sein, um für die Gewerkschaftsbürokratie schon ausschließend zu werden und so wird auch ein großer Teil der KPD-Proletariaten an die frische Luft gesetzt. Früher wollte man diese Genossen wieder organisatorisch erfassen, was man heute jedoch im Interesse der Orgesch-Gewerkschaften unterläßt. Als Beweis seien folgende Ausführungen in der Roten Fahne vom 13. 5. 30 wiedergegeben. Es heißt dort:

„Jede besondere Organisation der Ausschlossenen bedeutet die Organisation, die nicht leben und nicht sterben können. Die Ausschlossenen haben als die aktivsten Funktionäre der Gewerkschaftsopposition die Aufgabe, in den Betrieben im Sinne der Gewerkschaften den Kampf gegen die sozialfaschistische Spaltungspolitik weiterzuführen.“ Und weiter heißt es dann: „Diese Gewerkschaftspolitik bedingt gleichzeitig die stärkste Förderung aller Gewerkschaftsorganisationen, die von der Gewerkschaftsbürokratie abgespalten sind.“ Man will also auch hier wieder den Anschluß, denn erstens will man nicht in der Luft hängen und zweitens hat man nicht Lust, beim Proletariat als Versärgler dazustehen. Überlassen wir dies getrost den Bürokraten.

All die verschiedenen bisherigen „Linien“ der Gewerkschaftsopposition haben in den Antworten ihre konterrevolutionäre Jaussensicht nicht verhillen können; weil dort, wo die Eroberer Gelegenheit hatten, ihre scheinverführerische Phrasologie praktisch anzuwenden, diese von der offiziellen Gewerkschaftspolitik nicht zu unterscheiden war.

Augenblicklich wird besonderer Wert auf die Arbeit in den Gewerkschaften gelegt, jedoch der Kampfschlager ist und dürfte auch einige Zeit noch bleiben, die rote Gewerkschaftsopposition. Die berufliche Zusammensetzung ist wie bei den Gewerkschaften, so daß schon rein äußerlich kein Unterschied besteht. Doch dies wäre nicht das Ausschlaggebende, wenn sie die dem Wesen und Willen nach etwas anderes sein würde. Es sei hier nur der Kohlerstreik kurz erwähnt, der nichts anderes war, als ein „Kampf“ des ausgeschlossenen Reichs als Tarifkontrahent anerkannt zu werden. Man erkennt nicht die Situation, welche erforderlich macht bei minimalen Tarifforderungen nicht stehen zu bleiben, sondern die Massen kämpfe zu politischen umzuformen. Im Grunde genommen ist die Politik der sogenannten „Roten Gewerkschafts-Organisation“ nicht mehr aber auch nicht weniger reformistisch, als die der staatlich kontrollierten Volksverbände. Eins will man auf jeden Fall, nämlich, den Amsterdamer den Wind aus den Segeln nehmen, und klettert deswegen bei der Aufstellung von Forderungen in ungehörige Höhen. Ein Beispiel hierfür zeigen uns die anlässlich der Künigebung des Tarifes der Metallindustrie zur Diskussion gestellten Forderungen der Opposition. Während man früher den Kampf über die Höhe der Gewerkschaftsbürokraten hinweg organisieren wollte, singt man heute wieder dasselbe Lied, die Gewerkschaften müssen alles fordern. Wenn

man die Forderungen selbst liest, weiß man wirklich nicht, ob man Junge oder Mädel ist. Stehen wir auch nicht auf dem Standpunkt, überhaupt tarifliche Forderungen zu stellen, so möchten wir den Herren von der KPD, sagen, daß ihre Aufstellung nicht nur von uns, sondern auch von vielen indifferenten Arbeitern als bloßer Bluff angesehen werden dürfte. Oder halten sie vielleicht die Einführung des 7-Stunden-Tages bei gleichem Lohn, wie bei ständiger Arbeit in der Berliner Metallindustrie realisierbar. Oder noch einen Leckerbissen: „Der Urlaub beträgt für jeden Arbeiter unter 18 Jahren 24 Arbeitstage usw.“

Es können noch mehr solcher Leckerbissen aufgezählt werden, doch wollen wir dies hier nicht mehr tun, sondern möchte mancher Arbeiter schon im voraus den Magen verderben. Aus allem Gesagten geht hervor, daß die KPD, nicht gewillt ist, den konterrevolutionären Gewerkschaften den Garaus zu machen, sondern sich für ihre Zutrübendens wertvoll machen dürfte. An die Eroberung der Gewerkschaften denkt heute schon kein Arbeiter mehr und außerdem wissen wir auch, daß dies möglicherweise ohne Bedeutung für die Arbeiterschaft wäre, allerdings nicht für die beamteten Blutsauger, Gewerkschaftsangehörige genannt. Die Gewerkschaften sind Bollwerke dieser kapitalistischen Ordnung und werden es bleiben. Das Proletariat weiß aber auch, daß es nur etwas erreichen kann, wenn der bestehende Staat samt seiner Ordnung gestürzt wird. Da dies mit Hilfe der Gewerkschaften nicht möglich ist, muß sich das Proletariat als Klasse zusammenschließen und den Kampf politisch auf revolutionärer Grundlage führen. Nicht in Berufsgruppen kann etwas gemacht werden, sondern Klasse gegen Klasse muß der Kampf geführt werden. Einerseits die Union der Arbeiter, andererseits die Bourgeoisie. Sobald das Proletariat dies erkennt, dürfte der Sieg der Arbeiterschaft nicht in Frage gestellt sein.

Judas und die Reformisten

Der grandiose Verrat der Arbeiterinteressen durch die Freien Gewerkschaften steht einzig in der Weltgeschichte da. Es gibt keine bedeutende Unterredung in Bezug auf das Maß der Schuld, der Verantwortlichkeit und der Korruption, wobei die Palme in dem Hinsicht der deutschen Sozialdemokratie und den Freien Gewerkschaften gebührt.

Doch der Verrat der Freien Gewerkschaften ist eigenartiger Natur. Judas ließ sich seine Silberlinge wenigstens nicht von Christus auszahlen. Die Individuen von der Gewerkschafts-Internationale und der Bourgeoisie verkaufen, bezahlen jedes Käsestück, die sie verkaufen, und jedes Glas Bier, das sie blumenschlucken, auch wie vor von den Grosche ab. Der Verrat von ihnen nach unten und verrottenen Proletariaten. Der bestehende Klassenstaat braucht sich nicht in Unkosten zu stürzen; diese Proletariaten sind umsonst zu haben, sie kommen schon gelohnt auf einen leisen Pflanz.

Rosa Luxemburg.

Wie Gewerkschaften „erobert“ werden

Nachfolgendes Gerichtsbescheid entnehmen wir der Berliner Metallarbeiterzeitung vom 19. 7. 30.

Im Namen des Volkes!
Verhandelt am 28. Mai 1930, gegen Kindermann, als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle.

des Gewerkschaftsangehörigen Paul Tirpitz in Berlin, Linienstraße 83-85, per Adr. Deutscher Metallarbeiterverband, Klügers, gegen
Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwalt Dr. Siegfried Weinberg in Berlin C 2, Klosterstraße 65-67, gegen
den Dreher Willi Krause in Berlin N 65, Klausstraßen 17, Beklagten.

Prozessbevollmächtigter: Rechtsanwältin Dr. Margarete Beyer, Berlin SW 11, Hallesches Ufer 14.

1. dem Kläger eine die geordnete Zusammenstellung der Einnahmen und Ausgaben des Branchenfonds der Dreher bis zum Ausschluß des Beklagten aus dem Deutschen Metallarbeiterverband enthaltende Rechnung aufzustellen;

2. die für den Branchenfonds der Dreher geführten Kassenbücher an den Kläger herauszugeben.

Die Kostenentscheidung bleibt dem Schlußurteil vorbehalten. Das Urteil ist gegen Sicherheitsleistung von 600 Mk. vorläufig vollstreckbar.

So wird es gemacht, wenn die sogenannte Opposition glaubt, durch erhaltene Stimmenmajorität die Oberhand erhalten zu haben. Staatsräuberliche Organisationen werden selbstverständlich von Staats wegen unterstützt und ohnmächtig ist derjenige, der glaubt, mit legalen Mitteln gegen eine staats-erhaltende Bürokratie angehen zu können. Wenn auch die Eroberer ihre Bereitwilligkeit, Lakaidendienste zu leisten, zur Genüge an den Tag gelegt haben, so überläßt die Bourgeoisie das Zepher über die Arbeiter lieber denen, die ihre Zuverlässigkeit Jahrzehnte bewiesen haben; außerdem kennen die Kapitalisten in gewissen Fällen auch so etwas wie Dankbarkeit. Arme Trottel sind die, die den Gewerkschaftsbesitzer oder auch denen, die sie werden wollen, ihre Hungergrößen in den Hals werfen. Dies gilt es zu erkennen und die Geschichte in die eigene Hand zu nehmen. Die Organisation der Arbeiter als Klasse in der Union, der Kampf der Arbeiter gegen dieses verrotte System, wird den Arbeitervertretern schwarzrotgoldener und rosaroter Couleure das verdiente Ende bereiten.

Erneutes Anwachsen der Arbeitslosigkeit

Den Berichten der Landesarbeitsämter zufolge wurden am 15. Juli auf den Nachweisen rund 2.770.000 Arbeitssuchende gezählt, das sind 1.395.000 mehr als zur gleichen Zeit des Jahres 1929. Von diesen 2.770.000 Arbeitssuchenden erlitten aus der Arbeitslosenversicherung bzw. Krisenrisikoreise 1.850.000 Unterstützung. Etwa 1 Million sind also aus der Versicherung und Krisenrisikoreise ausgeschlossen. Die Zahl derer wird aber unzweifelhaft bedeutend höher liegen; denn ein großer Teil bekommt selbst aus der Wohlfahrtsfürsorge keine Mittel, stempelt also erst gar nicht mehr und kann daher auch nicht von

den Arbeitsämtern registriert werden. Die Zahl der Arbeitslosen dürfte darum viel höher liegen.

Während 1929 der tiefste Stand der Arbeitslosigkeit erst Ende Juli mit 1.355.027 gemeldet wurde, war in diesem Jahre die niedrigste Ziffer bereits Ende Mai mit 2.690.898 erreicht. Anfang Juni bereits setzte die Steigerung der Arbeitslosenziffer erneut ein.

In Berlin-Brandenburg stieg die Zahl der Arbeitslosen in der Zeit vom 1. bis 15. Juli um 27.985 auf 448.994. Und diese Steigerung trotz der Tatsache, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften infolge der Getreideernte in der Landwirtschaft sich vergrößert. Auch im Braunkohlenbergbau war eine Besserung zu verzeichnen. Aber die Ursache des erneuten Anstieges der Arbeitslosigkeit liegt darin, daß in der Metallindustrie und im Ruhrbergbau die Lawine der Massenentlassungen rollt. Darüber hinaus ist in diesem Jahre die Lage im Baugewerbe eine Katastrophe. Wenn die allgemeine Arbeitslosigkeit am Schlusse des ersten Halbjahres 1930 um 86 Prozent höher war gegenüber dem Vorjahr, so betrug die Steigerung bei den Bauarbeitern unter Einbeziehung der Bauhilfsarbeiter 278 Prozent. Und so werden wir nach Lage der Dinge im kommenden Winter die vorausgesagten fünf Millionen Erwerbslose haben. Und die Apathie der Millionen gegenüber ihrem Schicksal nutzt die Bourgeoisie aus. Mit Hilfe des Paragraphen 48 wird man jetzt die Reform der Arbeitslosenversicherung durchführen, und den Erwerbslosen zeigen, daß die Parole lautet: Der Hungerriemen muß noch enger geschnallt werden. Wie lange da noch die Proletariat ihr Joch tragen wollen, muß man gespannt sein.

Bücher-Ecke

Die „große“ Zeit im Spiegel der Literatur.
Klassenkampf. RM

Gorter, „Der Imperialismus, der Weltkrieg und die Sozialdemokratie“, nur noch wenige Exemplare. brosch. 1,20
Lenin-Sinowjew, „Gegen den Strom“ (Gesammelte Kriegsaufsätze) brosch. 4,— geb. 5,—
Liebknecht, „Das ZuchtHausarrest“ brosch. 1,—
„Klassenkampf gegen den Krieg“ brosch. 0,50
„Briefe aus dem Schützengraben und aus dem ZuchtHaus“ brosch. 2,50
Luxemburg, „Die Krise der Sozialdemokratie“ brosch. 0,50
„Briefe aus dem Gefängnis“ kart. 1,80, Leinen 2,80
Mehring, „Kriegsartikel“ brosch. 0,75
Leibknecht, „Die Internationale d. Rüstungsindustrie“ brosch. 1,—
Spartakusbücherei, Bd. I (Umfasst die Briefe vom Dezember 1914 bis Dezember 1916) kart. 1,50
Bd. II (Enthält die Documente vom September 1916 bis Okt. 1918) kart. 1,50
Spartakus im Kriege. (Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege) kart. 3,—
Becher, Klüber u. a., „Der Krieg“ (Ein Sammelbuch) Halbl. 2,50
Leinen 3,20
Barbusse, „Das Feuer“ kart. 3,50, Leinen 5,—
Daudistel, „Das Opfer“ kart. 3,—
Frey, „Die Pfisterkisten“ kart. 3,—
Geist, „Der anonyme Krieg“ Leinen 5,50
Göiser, „Jahrgang 1902“ Leinen 6,—
Heimburger, „Die Front im Wanke“ Leinen 4,—
Johansen, „Westfront 1918 — Vier von der Infanterie“ Halbl. 2,80
Passos, „Drei Soldaten“ kart. 2,80, Leinen 4,80
Rohlf, „Im Westen nichts Neues“ kart. 2,90, Leinen 4,80
Röhl, „Clerambault“ Halbl. 2,—
Renn, „Krieg“ Leinen 6,—
Remarque, „Im Westen nichts Neues“, brosch. 4,—, Leinen 6,—
Sinclair, „Immie Higgins“ kart. 2,90, Leinen 4,80
Scharre, „Vaterlandslose Gesellen“ kart. 3,50, Leinen 5,—
Schoold, „Der stille Don“ kart. 5,—, Leinen 7,—
Wolant, „Etappe Gen“ kart. 2,50, Leinen 3,80
„Eroik und Spionage in der Etappe Gen“ Leinen 4,—

Zu beziehen durch
Buchhandlung für Arbeiter-Literatur
Berlin SO 36, Luisenpark-Platz 13.

Organisatorische Mitteilungen

Groß-Berlin

Vorstandsamt.

3. Bezirk, Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplaquestr. 24.
6. Bezirk, Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 88.
14. Bezirk, Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Neumann, Kirchhofstraße 5.
15. Bezirk, Jeden Freitag, abends 17 Uhr, bei Frau Jenke, Nieder-schöneweide, Brückenstr. 3.
17. Bezirk, Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Worlitzer, Ölberstr. 38.

Reich

Nowawes.

Alle Freitag, abends 7.30 Uhr, finden im Lokal von Otto Gebauer, Wallstr. 62, die Funktionärsversammlungen der Partei und Union statt.

Halle.

Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Eisleben.

Jeden Samstag, abends 7.30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende. Lokal wird durch die Zeitungsredaktion bekanntgegeben.

Bestellzettel

Ich bestelle hiermit die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“
Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands
per Post — frei Haus

Der Bestellantrag ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark-Platz 13, zu senden.

Name:
Ort:
Straße:

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz, Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isidorow, Berlin O 17.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark-Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 9. August 1930
Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 828 42, Buchhandl. i. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark-Platz 13.

Bei Bezug vom Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht aufgenommen.

Entweder — oder!

Wenn die anstürmenden Kräfte des Proletariats erlahmen, wenn ihre Front aufgeben, zersetzt ist, die Panik der Niederlage die Geister verwirrt, bleibt noch der Wehrnach der Tradition, der aufdringlich über der rauhen Wirklichkeit hintritt. Bleiben die Erinnerungen und Feiern, die Gedenktage an ruhm- und gloriole Tage und Zeiten.

Nicht nur der 9. November und der 1. Mai liegen eingepökelt in den Akten der parlamentarischen Arbeiterparteien. Auch der 4. August ist zu jenem Erinnerungs-tag geworden, an dem so jeder Pazifist und Klassenkämpfer schlechthin so seine Pflicht tut und als Partei-soldat das „Nieder“ und das „Hoch“ seiner Führer mit herschreit. Dann gingen sie stolzen Herzens — schlafen. Im Jahre 1930 fallen die Erinnerungen an den Auftakt des Weltgemetzels zusammen mit dem innenpolitischen „Kampf“. Und dieser „Kampf“ ist ein Schulbeispiel dafür, welchen Wert die Festlichkeiten der Pazifisten aller Schattierungen haben, die da „Demonstrationen“ gegen den kommenden Krieg sein sollen.

Es soll hier nicht im einzelnen auseinandergesetzt werden, wie weit das deutsche Proletariat durch die „positive“ Arbeit derer, die die Revolution begruben, ihre Besten in den Zuchthäusern umbrachten oder zerschlugen, gekommen ist. Den Millionen Überlebenden erzählen, welche herrlichen Zeiten sie entgegengeführt wurden, hieße Kreuzfüße nach Bayern schleppen. Den anderen „Glücklichen“, die noch in der kapitalistischen Treitmühle schuffen dürfen, vorrechnen, wie ordnär sie nicht nur als Arbeiter, sondern auch als Konsumenten geschröpft werden: Das ist in diesen Blättern an anderer Stelle ausführlich geschehen — und darin überbieten sich ja auch alle Parteien gerade während der Wahlen. Und außerdem: Wem der Anschauungsunterricht der Müller- und Brüning-Regierung noch nicht genügt, dem kann man nicht helfen.

Charakteristisch ist, mit welchen Mitteln der „Kampf“ geführt wird. Sie sind ein lebendiger Anschauungsunterricht auch dafür, wie man gegen den kommenden Krieg „kämpft“.

Die Menschen haben sich daran gewöhnt, über ihre eigene Not, über die Tatsache, daß sie neben dem vollen Loden verhungern, in einer Weise zu philosophieren, daß man nicht weiß, ob man sie bedauern oder verachten soll. Millionen feiernder Menschen stehen neben Millionen feiernder Maschinen. Stehen an endlosen Strecken brachliegenden Bodens riesiger Wälder und philosophieren über die brachliegende „Bautätigkeit“. So zwischenwunder erfahren sie aus der Zeitung, daß die Mittel der Technik und der Wissenschaft ausreichen würden, mit den Menschen und Maschinen das Doppelte, das Dreifache und Vierfache zu erzeugen, was heute erzeugt wird. Wenn — nicht schon zu viel erzeugt würde! Denn deswegen verhungern ja gerade Millionen.

Der Widersinn einer „gottgewollten Ordnung“ läßt sich von dieser Ordnung eben nicht trennen, auch nicht wenn „bewährte Führer“ für eine halbe Million jährlich den erzielten „Fortschritt“ besingen. Die Folgen des „Wiederaufbaues“? Die Millionen Hungerleider rebellieren, verlieren den Respekt vor einer „Wissenschaft“, die längst ausgeknobelt hat, warum der Hund beim Pissen das Bein hochhebt, die aber angesichts der Tatsache, daß die „Krise“ zur Katastrophe wird, vor lauter Wald die Bäume nicht sehen — dürfen. Das Kapital bezahlt weder Pfaffen noch „Gelehrte“, noch Parlamentarier dafür, daß sie die Wahrheit sagen. Sie haben das Lied ihres Brotherrn zu singen, und singen es. Und die Arbeiter? Sie streiten und hauen sich für dies Gesindel, und lassen sich Scheuklappen verbinden, damit sie die wahre Ursache ihres Elends nicht sehen. Sie spielen Blindkuh und tun noch ungeheuer „gebildet“ dabei.

Sie sehen deshalb auch nicht, welche armselige Schmierenkommödie ihnen die „Politiker“ aller Schattierungen vorführen. Das wirtschaftliche Chaos bringt die Schwärzer auf dem unruhig gewordenen Fundament in Aufregung. Die Krise des Weltkapitalismus und der aus

ihm bis ins grenzenlose gesteigerte Konkurrenzkampf um die Märkte beschneidet dem deutschen Kapital den Profit. Der kapitalistische „Friedensvertrag“ verkürzt die Profiteure um weitere erhebliche Prozente. Bleibt kein anderer Weg, als durch verschärfte Auspöserung der Proletariat die „Krise“ zu „beheben“. Das Kapital wirft die demokratische Maske beiseite, erklärt die dreimal heilige Versessenheit der Demokratie für einen Arschwisch, schießt seinen Reichstag nach Hause, und läßt durch den steinalten Mann-Hindenburg aufschreiben, was es will. Darüber steht „Notverordnung“. Diese demokratische Methode ist aber ebenfalls in der „Verfassung“ vorgesehen. Diese „Verfassung“ ist so inhaltlich und so logisch wie die Bauernregel: „Kräht der Hahn auf dem Mist, so ändert sich das Wetter, — oder es bleibt so, wie es ist.“

Und nun beginnt ein „Kampf“ um diese „Verfassung“. Angeblich natürlich auch gegen die „Not“. Das soll so gemacht werden, daß jeder, der es ein bißchen besser haben möchte, einen Zettel, auf den er seinen Namen schreibt, in einen Steinkrug oder Holzkasten steckt. Gelingt der „Sieg“, — dann kann das Kapital wieder den steinalten Hindenburg notverordnen lassen wie vormem. Natürlich verfassungsgemäß. Artikel 48 der Verfassung gibt ihm das „gesetzliche“ Recht dazu.

In diesem Reigen ist auch der „Kampf“ gegen den „nächsten“ Krieg eingeschlossen. Die erste Geige dabei spielt die sozialdemokratische „Internationale“. Die Panzerkreuzer, die die Sozialdemokratie bewilligt, sind natürlich zum Schutz der Arbeitslosen. Und die Inder, die Macdonald massenweise zusammenschließen läßt, die sind dem „Sozialismus“ im Wege, wie ihn der englische Kapitalismus will. So lange die Proleten natürlich nur schreien „Nie wieder Krieg“, und nicht sehen, daß die Kriegszetzer, die mit ihnen schreien, schon dabei sind, liegt für das Kapital keine Gefahr vor. So und nicht anders kann das Proletariat kriegerisch gemacht werden!

Was soll man eigentlich nach Darlegung der Tragikombödie der „erstickten“ Arbeiterbewegung noch „positives“ hinzufügen? Etwa hinweisen auf den „sozialistischen Aufbau“ in Rußland, der „verteidigt“ werden müsse? Wir wünschen, es gäbe noch etwas zu „verteidigen“. Aber alles Geschrei kann die Tatsache nicht aus der Welt schaffen, daß auch in Rußland die Zuchthäuser von denen voll sind, die aufbegehren, weil der Widerstand der kapitalistischen Warenproduktion in Rußland in die sozialen Abgrund schlenderte. Die Kraftworte der KPD sind kein Beweis gegen die Tatsache, daß das „rote Rußland“ jederzeit bereit ist, mit „sozialfreundlichen kapitalistischen Staaten Bündnisse“ einzugehen. Nicht umsonst hat Clara Zetkin 1923 im deutschen Reichstag erklärt, daß ein Bündnis der Rotarmisten mit der deutschen Reichswehr nicht „aussichtslos“ sei. Die „Theorie“ Bucharins zu der kapitalistischen Praxis verfliehe in diesem Falle jeden Proletariat, „zum Siege der beiden Verbündeten beizutragen“. Der Burgfrieden mit dem Kapital ist die notwendige Konsequenz des kapitalistischen Aufbaues in Rußland.

Und diese Logik ist der Schlüssel dafür, warum die revolutionäre Lösung: „Alle Macht den Räten!“ auch von den Sektionen der II. Internationale zum alten Eisen geworfen werden mußte. Warum sie die Arbeiter in die sozialfaschistischen Gewerkschaften treiben müssen. Bis „unter dem Krachen des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Massen erwachen wie vor den Posaunenstößen des jüngsten Gerichts“. Bis diese prophetischen Worte Karl Liebknechts wieder „Fleisch und Blut“ werden. Bis die Millionen der tausendmal betrogenen Proletariat durch ihre solidarische Aktion den lächerlichen Plunder von Demokratie überrennen und durch den revolutionären Klassenerröde diese Ordnung in ihrem Fundament entwürzen durch Aufhebung des kapitalistischen Privatigentums an den Produktionsmitteln.

Es gibt kein „wenn“ und „aber“ mehr, es gibt nur noch ein Entweder — oder!, schimpflichen Untergang — oder den Triumph des kämpfenden Proletariats!

Massenentlassungen

Hintergründe.
15 Millionen Proletariat in der kapitalistischen Welt haben keinen Platz mehr in der Produktion und müssen fernem Millionen allein in Deutschland bevölkern die Sklavenerkämpfe. Und während sie tagaus, tagein dort mit dem „limeren Gefühl“ hingehen, daß doch noch einmal der „Tag kommen wird, wo für sie der „Platz an der Sonne“ da sein wird, in dem der Kapitalist sie vielleicht noch einmal in die Treitmühle einsteigen läßt, müssen sie nun erfahren, daß eine neue Massenentlassungswelle sich über das deutsche Proletariat ergießt.

Die rheinisch-westfälische Metallindustrie und der Bergbau, sowie die Berliner Metallindustrie sind insbesondere der Herd der Entlassungen von Tausenden Proletariaten. Die Siemens, Borsig, Krupp & Co. kennen kein Pardon. Und das Hervorstechendste ist, daß die Angestellten — die Proletariat mit dem Stehkragen — ebenfalls einspringen müssen „in den Riß der Zeit“. Sie stellen heute eine große Belastung für das Kapital in seinem Produktionsmechanismus dar. Und so haben die Siemens, Borsig und Genossen in der Berliner Metallindustrie 10 bis 15 Prozent auch ihrer Angestellten gekündigt. Darüber hinaus steht auch für sie ein Lohnabbau auf der Tagesordnung.

Auch die Ursache der neuen Massenentlassungen ist die Weltwirtschaftskrise, von der die deutsche Bourgeoisie am stärksten betroffen wird. Der Absatzmarkt für das internationale Kapital verringert sich immer mehr. Die erwachende koloniale Bourgeoisie ist der große Gegenpol gegen den abend-ländischen Kapitalismus, die ihm die Ausbeutung und den Absatz mehr und mehr streitig macht. Selbst das Idol aller Gewerkschaften und Sozialdemokraten, Amerika, das Land der „Dollarsonne“, die nach der Logik der Gewerkschaften und Sozialdemokratie einst das deutsche Proletariat beglücken sollte, ist wie nie zuvor mit von der Krise erfaßt. In jenen neuen großen Ringen an den Weltmarkt, um den Absatz wieder forcieren zu können, die Akkumulation zu steigern, versucht das Kapital aller Länder mit allen Mitteln, aus der Krise herauszukommen. Das wichtigste Mittel ist für es die Senkung der Produktionskosten. Und so geht selbst das amerikanische Kapital dazu über, den Angriff auf den Lohn des Proletariats zu eröffnen. „Die kapitalistische Entwicklung der Nachkriegszeit brachte Amerika eine Vormachtstellung gegenüber dem europäischen Kapital, die beständig wurde dadurch, daß sein Produktionsapparat technisch auf höherer Stufe stand.“

In jenem großen Kampf um die Märkte versucht nun auch das deutsche Kapital seine alte Machtstellung wieder einzunehmen, ein ganz gewichtiges Wort mitzureden. Aber auf der anderen Seite ist als großes Hindernis der Young-Plan, der vorsieht, daß der Schweiß der deutschen Arbeiterklasse Milliarden von Trüben dem Entente-Kapital bringen muß. Die „Lösung“ der Krise ist auch für das deutsche Kapital nur möglich durch eine Verbilligung der Produktion. So wirft das Kapital immer mehr Proletariat auf Pfahler, um mit weniger Arbeitskräften die Produktion zu steigern, gleichzeitig die Produktion zu verbilligen, um wieder konkurrenzfähig zu werden. Das andere Mittel ist der Angriff auf den Lohn.

Der Schiedsspruch durch den Kuttengerter Stegerwald in Oeynhausen, der den Metallarbeitern an der Ruhr einen Lohnabbau von 7 1/2 Prozent brachte, und die Lohnerherabsetzung von 9 1/2 Prozent für die Mansfelder Kupfeln, waren das Signal für das übrige deutsche Kapital, den Angriff auf die Löhne zu eröffnen.

Den Gewerkschaften fällt ob dieser Offensive der Siemens, Borsig und Co. das Herz in die Hosen. Sie machen so etwas wie „Opposition“. In Nordwestdeutschland haben sie offen zum Streikbruch aufgerufen. In Mansfeld wurden die Arbeiter wochenlang an der Nase herumgeführt mit einem Scheinkampf, und so gründlich zermürbt, daß sie dann den 9 1/2-prozentigen Lohnabbau schluckten. Jetzt schreiben sie über den Tarifbruch der Berliner Metallgewaltigen. Die Vergangenheit lehrt, daß das Kapital da auf alle Gesetzmäßigkeit pfeift, wo für es seine Interessen, sein dreimal heiliger Profit eine Rolle spielt.

Die Gewerkschaften können zu einem eventuellen Kampfe nicht aufrufen wegen des schwebenden Tarifvertrages, jener „demokratischen“ Errungenschaft der Gewerkschaften, die der Arbeiter fesselt an diesen Staat. Dieses verruchte Tarifvertrageswesen ist zum stärksten Eckpfeiler einer Klassenherrschaft zwischen Kapital und Arbeit geworden. An ernsthaften Ausse-